

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Geld
Abonnenten, die Dresden bis täglich zwei Malen (Sonntag ausgenommen) erhalten, zahlen 2,50 Mk. pro Quartal (3 Monate) 7,50 Mk. pro halbjährlich 15,00 Mk. pro jährlich 30,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Abonnenten, die außerhalb Dresdens wohnen, zahlen 2,75 Mk. pro Quartal (3 Monate) 8,25 Mk. pro halbjährlich 16,50 Mk. pro jährlich 33,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Die von den Dresdenern umgebenen Tagesblätter werden ebenfalls abgenommen. Einzelne Exemplare werden zu 10 Pfennig abgegeben.
Abonnenten, die außerhalb Dresdens wohnen, zahlen 2,75 Mk. pro Quartal (3 Monate) 8,25 Mk. pro halbjährlich 16,50 Mk. pro jährlich 33,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Die von den Dresdenern umgebenen Tagesblätter werden ebenfalls abgenommen. Einzelne Exemplare werden zu 10 Pfennig abgegeben.

Anzeigen-Zarif.
Annahme von Anzeigen bis nach 3 Uhr, Sonntags nachmittags bis 12 Uhr. Die einfache Spalte (ca. 4 Zeilen) 30 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 15 Pf. die zweifache Spalte 45 Pf. die dreifache Spalte 60 Pf. die vierfache Spalte 75 Pf. die fünffache Spalte 90 Pf. die sechsfache Spalte 1,20 Mk. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einfache Spalte 35 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden die Spalte 20 Pf. — Ausdrücke aufträge nur gegen Vorauszahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

A. F. Kegler & Co., Papierhandlung, Rosmaringasse 3, nahe Schlossstrasse.
Grosse Auswahl in Füllfederhalter bewährter Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend. Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billigst.
Gegründet 1859. Fernsprecher 1942.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Reformbettstellen
A. F. Müller
Eisenmöbelfabrik
Gegründet 1873
Annenstr. 23/25, Annahof.
Alle Arten Eisenmöbel.

WOLKEN
Seifen und Waschlupver
Alleinige Fabrik: Ernst Gärtner, Rabenberg
Ges. gesch. D. R. G. M. Nr. 97 100.
Vorzügliche Deutsche Seife

Gegen Husten u. Heiserkeit
Menthol-Katarrh-Pastillen
Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna. Versand auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgetor.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft, 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Deftliche Winde, etwas wärmer, zeitweise Regen.
Im Reichsamt des Innern fand gestern unter dem Vorsitz des Reichsstaatsraths eine Beratung der leitenden Minister der Einzelstaaten über die bevorstehenden und ihre finanzielle Deutung statt.
In England sind infolge des Kohlenmangels täglich weitere 1200 Eisenbahnzüge eingespart worden. In Nordwales sind die Unterstützungsfonds der Arbeiter vollständig aufgebraucht.
Wegen den Direktor der sibirischen Bahn D. S. S. wurde ein Strafverfahren wegen Unterschlagung und Mißbräuche eingeleitet.

Schutz den Arbeitswilligen!

Die aus Anlaß des Ausstandes im Ruhrrevier vorgegangenen schweren Ausschreitungen gegen Arbeitswillige haben die gesamte von staatsbehaltenden Grundbesitzern geleitete öffentliche Meinung im Reich in heftige Erregung versetzt. Die ihren Niederschlag in den Volksvertretungen des Reiches und des führenden Bundesstaates gefunden hat. Den ersten mannhaften Vorstoß unternahm das preussische Herrenhaus, wo ein Antrag v. Puttkamer auf verstärkten Schutz der Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden gegen sozialdemokratischen Boykott und Streikterrorisimus eine großzügige Verhandlung im Gefolge hatte. Ferner sind im preussischen Abgeordnetenhaus Interpellationen der Konservativen, der Freikonservativen und der National Liberalen eingebracht worden, die gleichfalls den Schutz der Arbeitswilligen und die Aufrechterhaltung der Ordnung im Streikgebiete betreffen, und endlich ist gestern auch im Reichstage eine auf denselben Gegenstand bezügliche Zentrumsinterpellation verhandelt worden, die dem Staatssekretär des Innern Herrn Delbrück Gelegenheit gab, sich zur Sache zu äußern.
Die Begründung der Interpellation durch den Zentrumsabgeordneten Schiffer konnte insofern nicht völlig befriedigen, als sie den Kern der Sache, die sozialdemokratische Drahtzieherie bei dem Streik, nicht scharf und unerbittlich genug herausmeißelte. Es ist gar kein Zweifel darüber möglich, daß die politische Sozialdemokratie hier mit Hilfe der ihrer Vormachtigkeit unterliegenden sogenannten freien Gewerkschaften wieder einmal eine ihrer „Kraftproben“ veranstalten will, womit sie den Zweck verfolgt, das arbeitende, Werte schaffende Kapital niemals zur Ruhe kommen zu lassen, keine Widerstandskraft bis zur äußersten Erschöpfung zu schwächen und zu lähmen und sich selbst dabei den Arbeitermassen in dem Glorienschein einer unbesiegbaren Macht zu zeigen. Allgemeine Bestimmung aber verdienen die Ausschreitungen des Zentrumsredners in der zugunsten der Bergarbeiterchaft erhobenen Forderung nach auskömmlichen, übrigens selbstverständlich die Lebensfähigkeit der Betriebe berücksichtigenden Löhnen, sowie in der rücksichtslosen Kennzeichnung des sozialdemokratischen Terrorisimus. Wenn Herr Schiffer das nachdrückliche Verlangen äußerte, daß die Freiheit der deutschen Arbeiterchaft im Ruhrgebiet unter allen Umständen gewahrt werden müsse, so kann er sich in diesem Punkte des vollen Beifalles aller staatsbehaltenden Elemente ohne Unterschied der engeren Parteirichtung versichert halten. Die Sozialdemokratie hat sich das offensündliche Ziel gesetzt, den ganzen Industriebezirk von Düsseldorf bis Münster unter die sozialdemokratische Fuchtel zu bringen, und zur Erreichung dieser Absicht wendet sie einen Terror an, der kaum seinesgleichen hat und alle Begriffe übersteigt. Demgegenüber hat die Staatsgewalt die unabweisbare Pflicht, mit allen erforderlichen Mitteln die Freiheit der Arbeit zu schützen und dafür zu sorgen, daß die von sozialdemokratischer Seite ererbte Verwundlung des Koalitionsrechtes in einen terroristischen Koalitionszwang nicht zur Wirklichkeit gemacht werden kann.
Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, bietet die Rede des Staatssekretärs Delbrück in zweierlei Hinsicht erfreuliche Momente: einmal in der ausdrücklichen Bestätigung des sozialdemokratischen machtpolitischen Charakters des Ausstandes durch die wiederholte Erklärung, daß der Streik, wenn es sich nur um eine angemessene Erhöhung der Löhne gehandelt hätte,

nicht notwendig gewesen wäre, und zum anderen in der Zusicherung eines energischen, eventuell durch militärisches Eingreifen bekräftigten Schutzes der Arbeitswilligen. Der hürmische Beifall, der diesen Teil der Ausführungen des Ministers lohnte, ließ deutlich die allgemeine Stimmung unter den Mitgliedern der Ordnungsparteien in die Erscheinung treten. Gleichwohl bleibt es bedauerlich und ist als ein Mangel an zielbewußter Entschiedenheit zu bemerken, daß der Herr Staatssekretär nur der „Hoffnung“ Ausdruck zu geben vermochte, es werde der Regierung gelingen, die Arbeitswilligen wirksam zu schützen. Eine starke, ihrer Macht, Kraft und Verantwortlichkeit voll bewußte Regierung dürfte so nicht sprechen. Sie müßte nicht den geringsten Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie nicht bloß hofft, sondern zuverlässig und sicher garantiert, je einzelnen Arbeitswilligen gegen alle Bedrohungen seines Lebens, seiner Gesundheit, seiner Ehre und seiner wirtschaftlichen Existenz so kräftig zu schützen, daß den sozialdemokratischen Terroristen jede Lust vergeht, den Kampf mit einer solchen zu den schärfsten Abwehrmitteln auf der ganzen Linie bereiten Staatsgewalt aufzunehmen.
Es wäre daher auch sehr wünschenswert gewesen, wenn Herr Delbrück die Gelegenheit ergriffen hätte, um sich einmal grundsätzlich recht eingehend über die heute die weitesten staatsbehaltenden Kreise bewegende Frage auszusprechen, ob die staatsbehaltenden gesetzlichen Mittel zur Gewährleistung eines wirksamen Schutzes der Arbeitswilligen genügen oder nicht. Zwei Möglichkeiten sind doch nur gegeben: Entweder die geltenden Gesetze reichen nicht hin, um den notwendigen Schutz der Arbeitswilligen in vollem Umfange zu sichern; dann kann sich eine pflichtbewußte Regierung unter keinen Umständen der Notwendigkeit entziehen, ohne weiteren Verzug für eine entsprechende Ergänzung der Lücke im Strafrechtbuch zu sorgen. Oder die geltenden Gesetzesvorschriften geben verlässliche Zwangsmittel zur Niederhaltung des sozialdemokratischen Terrorisimus gegen Arbeitswillige an die Hand; dann tritt scharf umrissen die Pflicht der Regierung in den Vordergrund, alle Energie daran zu setzen, um die Durchführung der Gesetze bis auf das Äußerste zu sichern und den Arbeitswilligen zu beweisen, daß sie uneingeschränktes Vertrauen auf die rücksichtslose Entfaltung aller staatlichen Nachmittel zu ihren Gunsten haben dürfen. In letzterem Punkte hat die Regierung in dem vorliegenden Falle jedenfalls insofern Versäumnisse begangen, als sie, den Lehren der Moabiter Krawalle zum Trost, nicht gleich von vornherein für umfassende Sicherheitsmaßnahmen gesorgt hat. Die Ausrede, daß man auf Seiten der Regierung „die sozialdemokratische Disziplin überschätzt“ und deswegen mit der Anwendung der vollen Energie gezögert habe, ist selbstverständlich keine Entlastung für die Regierung. Eine derartige „Uberschätzung“ darf einfach nicht vorkommen. Herr Delbrück wäre ein Philosoph geblieben, wenn er über diesen heißen Punkt im Interesse seines staatsmännlichen Ansehens sich lieber ausgeprochen hätte.
Nach einer früheren Aeußerung im Reichstage zu schließen, die dahin lautete, daß „eine sorgfältige Prüfung des gesammelten Materials ihn nicht von der Notwendigkeit verstärkter gesetzlicher Waffen zum Schutze der Arbeitswilligen überzeugt habe“, steht Herr Delbrück auf dem Standpunkte, daß die vorhandenen Mittel zur Wahrung der Freiheit der Arbeit genügen. Breite Schichten des Volkes, darunter insbesondere die christliche und nationale Arbeiterchaft, die den sozialdemokratischen Streikterrorisimus am eigenen Leibe fortgesetzt zu spüren bekommen, sind aber bekanntlich anderer Ansicht, die auch von zahlreichen Regierungen der Einzelstaaten geteilt wird. Es sei nur daran erinnert, daß die Regierungen von Hamburg und Lübeck bereits vor einiger Zeit beschlossen haben, im Bundesrat wegen eines verstärkten gesetzlichen Schutzes der Arbeitswilligen vorstellig zu werden, und daß noch jüngst im sächsischen Landtage der Minister des Innern Graf Stüdemann von Eckardt unumwunden erklärt hat, die jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen genügen nicht, um die schädlichen Ausschreitungen zu verhindern, die bei Streiks jetzt vorkommen und schwere Gefahren für Industrie, Arbeiterchaft und den Frieden der Erwerbsstände erzeugen. Damit war die ausdrückliche Versicherung verbunden, daß die sächsische Regierung bereit sei, im Bundesrat für eine entsprechende Aenderung und Ergänzung der reichsgesetzlichen Bestimmungen einzutreten. Soviel steht jedenfalls fest, daß der Wiederholung solcher terroristischer Ausschreitungen, wie sie jetzt

im Ruhrrevier vorgekommen sind, künftig unbedingt vorgebeugt werden muß, wenn möglich, mit Hilfe der bestehenden Gesetzgebung, sobald aber diese sich als unzulänglich erweisen, mit Hilfe von neu zu schaffenden wirksameren Bestimmungen zugunsten der wirklichen Freiheit der Arbeit, die in einem harten monarchischen Staat nimmermehr von dem sozialdemokratischen Terrorisimus in die Anrechtlosigkeit eines völlig unerschütterlichen Koalitionszwanges eingeschlagen werden darf. Daß im übrigen keine politische Partei daran denkt, das Koalitionsrecht der Arbeiterchaft irgendwie anzutasten, mag dabei immer wieder betont sein. Genau so gut aber haben auch die Arbeitswilligen Anspruch darauf, in einem Rechtsstaate dagegen geschützt zu werden, daß man sie wider ihren Willen zur Ausübung des Koalitionsrechtes nötigt und dieses dadurch in einen terroristischen Koalitionszwang verwandelt.

Neueste Drahtmeldungen vom 14. März.

Deutscher Reichstag.
Berlin. (Priv.-Tel.) Abg. Schiffer (Zentr.) begründet die Interpellation des Zentrums, betreffend den Streik im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet. Zunächst einige Worte über die Stimmung der christlichen Bergarbeiter. Zweifellos haben die Bergarbeiter berechtigte Forderungen hinsichtlich der Löhne. Die Reduktion seit 1907 ist angesichts der Teuerung um so empfindlicher. Die Rentabilität eines großen Teiles der Zechen ist glänzend. Die christlichen Gewerkschaften machen aus ihrer ernsten und entschiedenen Forderung einer Lohnerhöhung kein Hehl. Allerdings verwahren sie sich dagegen, mit den gelben Gewerkschaften auf dieselbe Stufe gestellt zu werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind fremde Gewächse und keine Früchte der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiterchaft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Gelben erstehen ihre Mitglieder zur Verteilung. Samariterium und Speichelleckerei. Die Industrie braucht aber charaktervolle Männer, die treu ihre Pflicht tun. Die Tätigkeit der gelben Gewerkschaften ist Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie. Wir fragen uns zunächst: 1. Ist der Kampf berechtigt? 2. Ist er aussichtslos? und 3. Sind alle friedlichen Mittel erfolglos angewendet? Die Grundbesitzer haben Vorschläge in Aussicht gestellt. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Da können Sie lange warten!) Zu lange warten wir auch nicht; dazu kommt, daß jetzt Gelegenheit wäre, den Engländern die Abgabegebiete wieder abzunehmen, die sie 1905 unserer Industrie weggenommen haben. Nur eine gut prosperierende Industrie ist in der Lage, gute und befriedigende Arbeiterlöhne zu zahlen. Die christlichen Bergarbeiter lassen sich leiten von der Rücksichtnahme auf das gesamte Wirtschaftsleben. Ein so schwerer Kampf, der Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter ins Elend treiben kann, darf nicht ohne besondere Ursache begonnen werden. (Rebhafter Beifall.) Die Bergarbeiter sind mehr als jede andere Arbeitergemeinschaft auf die Günst der öffentlichen Meinung angewiesen. Das soll aber die öffentliche Meinung sagen, wenn die Bergarbeiter fast blindlings den radikalen Schreibern nachlaufen? Bist du ist die Meinung vertreten, daß es sich lediglich um einen Sympathiezeit im Interesse der Engländer handle. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Das ist nicht wahr!) Sie können ja das Gegenteil beweisen! Auffällig ist es doch jedenfalls, daß gerade in der Zeit, wo der maßgebende Führer des sozialdemokratischen Verbandes in London war, ein totaler Umsturz in der Auffassung eintrat. An die Stelle der anfangs vorhandenen wohlwollen Zurückhaltung traten erhebliche weitergehende Forderungen. Diese Forderungen waren nach Lage der Dinge vollständig ausföhrlos. Ihre Erfüllung Kampf ermöglichen lassen; darum bitterten und sozialistischen Koalitionsrechtes dazu gebracht konnten die Christlichen nicht mitgehen. Gerade deshalb aber traten die Sozialdemokraten und Anarchosozialisten erst recht in den Streik. Sie wollten die Christlichen recht empfindlich schädigen. Die Christlichen haben die Interessen der heimischen Bergwerksindustrie trotz aller Verleumdung wahrgenommen. Unter diesen Umständen sollten die Unternehmungen des Ruhrgebietes mit dem unabhängigen Teil der Arbeiter zusammenwirken. (Rufen bei den Sozialdemokraten.) Bisher hat sich kein einzelnes christliches Gewerkschaftsmittel freiwillig am Streik beteiligt. Wer es getan hat, ist durch den schlimmsten Terrorisimus dazu gebracht worden. Infolge des mangelhaften Schutzes hat der Terrorisimus in den letzten Tagen Triumphe erlebt. Wir erheben nicht den Ruf nach Militär, aber die Freiheit der deutschen Arbeiterchaft im Ruhrgebiet muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. (Rebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Augenzeugen ver sichern, daß es sich um eine planmäßige Inzenerierung und Organisierung der Gewalttätigkeiten handelt. (Hört, hört! rechts.) Wir hoffen, daß der Kampf trotz aller bedauerlichen Beateilerleistungen für die Bergarbeiter doch noch zu einem guten Ende führen wird. (Stürmische, sich wiederholende Beifallrufe bei den Sozialdemokraten. Rufe: Judas! Stürmischer Beifall im Zentrum. — Präsident Kaempf erklärt, daß Beifall gegen die Ordnung des Hauses verstoßen.)